



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

x: Politischer Monatsbericht.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

seit die preussische Verwaltung in Klauenthal ihren Einzug gehalten hat. In keinem anderen Theile der neuen Landestheile hat diese Verwaltung es so leicht, Segen zu verbreiten durch bloße Anwendung ihrer längst feststehenden Grundsätze. Sie wird dafür hoffentlich auch nur die zur Vorbereitung durchaus nöthige Zeit verfließen lassen.

Ein fernerer nothwendiger Schritt ist die Oeffnung des an Wasserkräften so reichen, Holz und Erze in Fülle darbietenden Gebirges, für eine ungehemmte Privatindustrie. Zur Herbeiführung dieses wichtigen Fortschritts bedarf es vor allem der Ausschließung der nordöstlichen Thäler durch Eisenbahnen. Die Nordhausen-Northheimer Bahn, welche die Ausgänge des Oder-, Sieber- und Söse-Thals berührt, wird wahrscheinlich noch im laufenden Jahre fertig; für eine im Finerste-Thal bergansteigende Bahn nach Klauenthal hat der Handelsminister unlängst die besten Aussichten eröffnet, als er dort zum Besuch war. Sobald diese Schienenwege eröffnet sind, muß sich zeigen, inwiefern die Staatswerke noch betriebswürdig und verkaufbar sind, denn dann kann die westfälische Steinkohle mit der Holzkohle concurriren, wo dies überhaupt thunlich ist. Die Staatshütten mindestens werden dann zum Verkauf auf Weiterbetrieb oder Abbruch gelangen, und Industrieunternehmer aller Art sich so angezogen fühlen, daß voraussichtlich ein ganz neues thätiges Leben in diesen stillen Thälern aufblüht. Solche Orte wie Sieber und Ronau, die unfern des Eingangs eines romantischen Flußthals liegen, oder wie Sachsa und Steina unterm Rabenskopf — einem der schönsten Aussichtspunkte des ganzen Gebirges — werden dann leicht erreichbare, viel besuchte Sommerfrischen werden, was jetzt längs des ganzen Ostlandes einzig Lauterberg und Grund sind.

### Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, Ende August.

Von der Ferienzeit, welche die europäische Politik sich alljährlich in den Sommermonaten zu machen pflegt, liegt die größere Hälfte bereits hinter uns — bis zum Zusammentritt des preussischen Landtags, der auch in diesem Herbst der Vereinigung des Reichstags vorhergehen soll, sind es höchstens noch zwei Monate. Die Verhandlungen desselben werden dieses Mal ein neues Interesse bringen, denn die administrative Decentralisation und die Anbahnung provinzieller Selbstregierungen stehen auf der Tagesordnung der Parteien und sind

von der Regierung wiederholt für eine nahe Zukunft in Aussicht gestellt worden. Der Gegenstand, um den es sich hier handeln wird, ist im Grunde genommen für alle Parteien ein neuer, denn trotz der Wünsche, welche die liberale Partei seit Jahren für Herstellung einer neuen Kreis- und Gemeindeordnung gehegt hat, ist ihr bis jetzt jede Gelegenheit versagt geblieben, ihr Geschick auf diesem Gebiete zu bethätigen; und wenn die Conservativen die Pflege provinzieller Autonomie und Selbstbestimmung als ihre spezielle Domaine in Anspruch genommen haben, so geschah das lediglich aus Gehorsam gegen das Schlagwort der Schule.

In einem Staat von so bürokratischem Gefüge wie es der preussische ist, wird und muß es mit der Wiederbelebung eines durch ganze Menschenalter außer Bewußtsein und Uebung gekommenen Zweiges staatsbürgerlicher Betheiligung seine besonderen Schwierigkeiten haben, zumal in unserer Zeit, welche wesentlich von den Schwingen nationalen Centralisationsbedürfnisses getragen wird. Wird das Bedürfnis nach Entfesselung der Selbstthätigkeit und des Selbstbestimmungsrechtes von Gemeinde und Provinz theoretisch auch in den weitesten Kreisen getheilt, so läßt sich nicht leugnen, daß dasselbe mit unsern übrigen politischen Gewohnheiten und dem gerade in Preußen besonders stark entwickelten modernen Staatsbewußtsein in einem noch unausgeglichenen Gegensatz steht. In dem Kampf gegen den Feudalstand hat sich die Mehrzahl derer, welche heute in öffentlichen Angelegenheiten mitreden, ihre Sporen verdient und schon darum ist eine heilige Scheu vor Allem, was irgend nach Beeinträchtigung staatlicher Einheit und Omnipotenz aussieht, weitverbreitet. Wie von einer großen Anzahl der hervorragendsten preussischen Politiker über provinzielle Sonderinstitutionen gedacht wird, das hat sich in der Debatte über den hannoverschen Provinzialfonds bereits gezeigt und es ist sicher mehr als ein Zufall, daß die feierliche Bewahrung davor „den Staat nicht in eine Anzahl selbständiger oder fast selbständiger Gemeinwesen“ auflösen zu wollen, seit lange die stereotype Eingangsformel für jedes Wort gewesen ist, das zu Gunsten auch der mäßigsten Beschränkung staatlicher Allgewalt gesprochen wurde. Und doch liegt diese Gefahr dem preussischen Staate ferner, als jede andere, und doch ist eine rechtzeitige und energische Decentralisation der Verwaltung als eine der wichtigsten Bedingungen zur glücklichen Erreichung des Ziels anzusehen, dem Preußen entgegengeht. Ein gesundes lebenskräftiges Selbstgouvernement durch Parlamentsbeschlüsse herzustellen, in einer Zeit herzustellen, die zugleich hundert andere, großen Theils in entgegengesetzter Richtung liegende Aufgaben zu lösen hat und inmitten der heißesten Arbeit um Zusammenschweißung eines nationalen Einheitsstaates begriffen ist, das gehört zu den schwierigsten Zielen, die eine Volksvertretung sich überhaupt stecken kann. Es handelt sich dabei um einen Bruch mit Gewohn-

Grenzböten III. 1868.

heiten von jetzt unvordenklichem Alter, um den Verzicht auf Annehmlichkeiten, wie sie nur eine technisch geschulte Bureaukratie bieten kann, um die Weckung von Volkskräften, die längst anderweitig in Anspruch genommen sind. Selbsthilfe und Selbstbestimmung in Localangelegenheiten sind den primären Fertigkeiten vergleichbar, die sich in der Jugend von selbst, im Alter nur mühsam lernen. Einmal außer Übung gekommen sind sie schwer wieder herzustellen, zumal da, wo die Furcht vor Zurücksinken in feudale Zustände volle Berechtigung hat, aber zugleich jede freie Bewegung hindert, wo der naive Volkssinn für eine einfache und natürliche Regelung der Interessen, welche man mit den Nachbarn gemein hat, verloren gegangen oder doch durch moderne Bildungseinflüsse gekreuzt ist. Dazu kommt, daß es an Mustern für eine demokratisch gestaltete Selbstverwaltung beinahe allenthalben fehlt.

Diese inneren Schwierigkeiten sind aber, wie wir fürchten, nicht die einzigen, mit denen das in Aussicht genommene große Reformwerk zu kämpfen haben wird. Ueberblicken wir auch nur die preussische Geschichte der letzten vier Wochen, so möchten wir glauben, daß dem nächsten Landtage zu stellende Horoskop werde überhaupt kein günstiges sein. Die mehr als eigenthümliche Stellung, welche der Staatsanzeiger zu der Usedom'schen Note eingenommen hat, die plötzliche Abberufung Vogel von Falkenstein's, an dessen Stelle der Herr von Manteuffel getreten ist, die gleichzeitig angekündigte Reactivirung Savigny's, die unaufhörlich wiederkehrenden Bestätigungsverweigerungen, durch welche die Herren Eulenburg und Mühler das Wahlrecht der Communen illusorisch zu machen suchen und die der Verstimmlung der neuen Provinzen gegen die altpreussische Bureaukratie reichliche Nahrung zuführen, alle diese Umstände haben dazu beigetragen, das Unbehagen, unter dessen Eindruck das vorige Halbjahr schloß, zu verschärfen. Daß die dauernde Abwesenheit des Staatskanzlers von den reactionären Elementen vom Bodelschwingh'schen Typus benutzt worden sei, um die bis jetzt maßgebend gewesenen Einflüsse zu kreuzen, ist die günstigste unter den Auslegungen, welche zur Erklärung namentlich des Artikels über die Usedom'sche Note und die Reactivirung Manteuffels aufgetaucht sind. Von den übrigen Conjecturen wollen wir schweigen — schon diese scheint uns unheilvoll genug zu sein — und unheilvoll in mehr als einer Beziehung.

Ein Zusammenhang zwischen der inneren und der auswärtigen Politik Preußens hat bis jetzt bekanntlich nicht bestanden: daß derselbe auf Unkosten dieser und zu Gunsten jener hergestellt werden könne, das war bisher kaum Jemanden in den Sinn gekommen. Und doch hat es den Anschein, als stehe ein solcher Umschwung vor der Thür und als solle die lähmende Mattherzigkeit der Diplomaten des ancien régime, das System von Olmütz und Warschau wieder die Oberhand gewinnen. — Die schwachherzige Verläugnung der kühnen

und entschlossenen Politik, welche aus der Usedom'schen Note sprach, erscheint im gegenwärtigen Augenblick, wo Preußen eben erst in den Rang der Großstaaten eingetreten ist, besonders unverzeihlich. Einmal wird durch dieselbe dem Unverstande derer in die Hände gearbeitet, welche jenes Actenstück zur Grundlage ihrer Beurtheilung der gegenwärtigen preussisch-österreichischen Beziehungen machen. Hätte man einfach gesagt: „c'était la guerre und im Kriege gelten alle Mittel“ und hätte man dieser Erklärung die Bemerkung hinzugefügt „gegenwärtig aber haben wir Frieden“ — das großdeutsche Verrathsgeschrei wäre gründlicher auf den Mund geschlagen worden als gegenwärtig, wo die ungeschickt formulirte halbe Dementirung des berliner Amtsblattes Gegenstand des Spottes aller Parteien ist und von keiner geglaubt wird. Vor einem lauten und deutlichen Wort, das man einmal gesprochen, noch in der Erinnerung zurückzuschrecken, — das ist die Art des Philisters, im politischen Leben die des Kleinstaats, die Würde des großen Staats fordert, daß eine Regierung für das, was sie einmal gethan und gesprochen, zu jeder Zeit eintrete. Von allem Uebrigen abgesehen — erscheint es unbegreiflich, daß und warum man überhaupt zu leugnen versucht, daß Preußen zur Zeit des Krieges von 1866 bestrebt gewesen, seinem Gegner den größtmöglichen Schaden, die größte Summe von Verlegenheiten zu bereiten? Hat Oestreich etwa nicht das Gleiche gethan, als es nach Königgrätz eine französische Intervention zu veranlassen suchte und als es Herrn von Beust zu diesem Behuf seine unglückliche Reise nach Paris machen ließ? Rückschlüsse daraus auf die veränderten Verhältnisse der Gegenwart zu machen, scheint uns nun ebenso absurd, wie die Berechtigung derselben durch nachträgliche Umdeutungsversuche indirect anzuerkennen. Wenn Preußen im gegenwärtigen Zeitpunkt Miene macht, auch nur ein Titelchen seiner Politik vom Sommer und Herbst 1866 zu verleugnen, wenn es eine ängstliche Schamröthe zeigt, sobald auf dieselbe die Rede kommt, so arbeitet es seinen Gegnern noch viel directer in die Hände, als durch eine reactionäre innere Politik. Den Muth seiner Meinung verlieren, ist an und für sich ein schwerer Verlust — mit dem Eingeständniß dieses Verlustes hört die Möglichkeit der Rückgewinnung des Verlorenen auf.

In Sachen der inneren Politik scheint es den Verleugnern der Usedom'schen Note dagegen an Muth nicht zu fehlen. Fast sollte man glauben, dieselben hätten es ausdrücklich darauf abgesehen, den liberalen Elementen, auf deren Unterstützung die Regierung bisher in den Fragen, auf welche es wesentlich ankam, rechnen konnte — denselben zu beweisen, daß die Zeiten vorüber sind, in denen man ihrer bedurfte und in denen man auf sie Rücksicht nahm. Wir reden nicht davon, daß die Wiederanstellung des ehemaligen Chefs des Militärcabinetts davon zeugt, daß man für die Sympathien und Antipathien der nationalen Partei vollständig gleichgiltig ist, auch nicht davon,

daß das Verhalten der Minister des Innern und des Cultus den Boden in den neuen Provinzen sehr viel gründlicher unterminirt, die Stellung der liberalen Regierungsfreunde (und andere gibt es in den neuen Provinzen keine) sehr viel rascher unhaltbar macht, als welfische oder radicale Agitationen es irgend vermögen — die selbstzufriedene Miene, mit welcher die Regierungsorgane die Nachricht dementirten, daß der Justizminister die Beförderungen in seinem Ressort nicht von der politischen Stellung der einzelnen Beamten abhängig machen werde, ist zur Kennzeichnung der Situation sehr viel geeigneter als alles Andere. — Die mit Maßregeln dieser Art „conservative“ Politik treiben, können über Erfolglosigkeit derselben nicht klagen. Nach den Zeitungsberichten zu urtheilen, hat die nationale Partei oder doch ein Theil ihrer hervorragendsten Glieder bereits öffentlich auf die Nothwendigkeit einer veränderten Stellung zur Regierung hingewiesen. Es konnte den peinlichen Eindruck, welchen die Mandatsniederlegung des Grafen Henkel von Donnerstark machte, nur erhöhen, daß gleichzeitig mit dieser Bennigsen und Miquel betonen mußten, daß nichts übrig bleibe, als zu einer aggressiven Stellung gegen die innere Politik der Regierung überzugehen. Obgleich nur noch zwei Monate bis zum Zusammentritt des Landtags sind, ist die Möglichkeit doch keineswegs ausgeschlossen, daß bis dahin auch zu Verwahrungen gegen die auswärtige Regierungspolitik neue Veranlassung gegeben sein wird — mit der Verwerfung der Usedom'schen Note ist bereits ein ziemlich erbaulicher Anfang gemacht worden, und der Unfall, der den Bundeskanzler in den letzten Tagen getroffen, wird aller Wahrscheinlichkeit nach dessen verlängerte Entfernung von den Geschäften und damit einen erweiterten Spielraum für reactionäre Velleitäten zur Folge haben.

Mag dem sein, wie ihm wolle, die Pflichten der nationalen Partei bleiben nach wie vor dieselben. Preußens deutsche Politik ist der legitimitischen Reaction wie dem Radicalismus gegenüber zu gründlich compromittirt, als daß sie die Gleise, in denen sie sich 1866 bewegt hat, so leicht wieder verlassen könnte. Die bewegende Kraft, welche in ihr liegt, kann sich auf die Dauer nicht verleugnen und schon darum dürfen die auf diese drückenden Gewichte ihre bisherige Lage nicht verlassen. In den neuen Provinzen besitzt die nationale Partei die Bürgschaft dafür, daß die Regierung ihr, wenn sie auch noch so entschieden wollte, auf die Dauer nicht den Rücken kehren kann — an dieser Bürgschaft wird und muß sie festhalten. Je größer die Treue ist, welche sie der Sache des preußischen Berufs in Deutschland beweist, je entschiedener sie sich zu dem Satz bekennt, daß die jeweilige Beschaffenheit der Regierung Nichts an der Aufgabe und dem Recht des Staates ändern kann, desto rascher wird sich ihre Stellung beseftigen. Ueberdies ist der Zerfall der übrigen Parteien ihr zuverlässigster und thätigster Bun-

desgenosse. Hat das im abgelaufenen Monate gefeierte wiener Schützenfest doch in evidentster Weise bewiesen, daß die verschiedenen großdeutschen und radicalen Fractionen nicht einmal im Stande sind, von den Mißgriffen ihrer Gegner Vortheil zu ziehen und auch nur auf dem Papier ein Programm herzustellen, das eine gemeinsame Action der Feinde Preußens ermöglichte. Diese Feinde haben vielmehr direct und ausdrücklich anerkannt, daß die Herstellung eines Südbundes ebenso unmöglich ist, wie ein Anschluß der außerhalb des norddeutschen Bundes stehenden deutschen Länder an Oestreich, und die entschiedene Stellung, welche Ungarn zu der großdeutschen Auffassung der Aufgabe Oestreichs eingenommen, macht ein Bündniß zwischen den Rachedurstigen an der Donau und am Neßenbach noch für längere Zeit unmöglich. Mit einer Hartnäckigkeit, wie sie nur bei deutschen Doctrinären möglich ist, sind die legitimistischen und radicalen Parteien immer wieder darauf zurückgekommen, die Wiederherstellung des gesammten Zustandes von 1866 und die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller einzelnen Stämme so bedingungslos zu verlangen, daß sich selbst die großdeutschen Oestreicher und die Berechnungsfähigen unter den Stimmführern der süddeutschen Volkspartei achselzuckend abgewandt haben — nur zwischen einer vollständigen tabula rasa und dem preußischen Programm haben diejenigen überhaupt noch zu wählen, welche nicht eine Verewigung des gegenwärtigen Zustandes wollen.

Für die Annahme, daß Oestreich es mit seiner Weigerung, an die Spitze einer großdeutschen Partei zu treten, ernstlich meine, sprechen noch sehr viel gewichtigere Gründe, als die welche man aus der Beust'schen Schützenfest-Rede hergeholt hat. Einmal liegt die Werthlosigkeit einer Freese-Trabert'schen Bundesgenossenschaft auf der flachen Hand, und zweitens fallen die Rücksichten auf Ungarn immer schwerer ins Gewicht. Wohl ist die Regierung aus dem Kampf um das ungarische Wehrgesetz als Siegerin hervorgegangen (kaum ein Drittel der Glieder des pesther Landtags hat sich für die extremen Forderungen Ghiczg-Tisza's ausgesprochen); aber das Verhältniß zwischen den beiden Hälften des östreichischen Doppelstaats ist nach wie vor ein gespanntes geblieben. Die eisleithanischen Provinzen können nicht vergessen, daß die Unkosten des Ausgleichs von 1867 fast ausschließlich von ihnen und ihrem Steuerfädel getragen worden sind, und die Magyaren nehmen immer noch die Miene an, als seien sie es, welche Opfer gebracht und auf billige Forderungen verzichtet hätten. Die Sprache ihrer Presse ist eine unaufhörliche Provocation gegen das Selbstgefühl der Deutsch-Oestreicher, welche sich bewußt sind, durch ein halbes Jahrtausend die eigentlichen Träger der östreichischen Monarchie gewesen zu sein, und die sich mit Recht dawider auflehnen, ihre paritätische Stellung in eine secundäre herabgedrückt zu sehen. Der ungarische Radicalismus läßt wiederum keine Gelegenheit unbenutzt, welche dazu aus-

gebeutet werden könnte, die Stellung seines Ministeriums zu den transleithanischen Collegen zu verschieben, und diese Stellung ist an und für sich schwierig genug. Während die Erbitterung der Ultras gegen die Deakisten so hoch gestiegen ist, daß eine Verschwörung gegen das Leben des großen ungarischen Patrioten möglich war, macht diese „zahme“ Regierungspartei selbst Wien, mit einem neuen Anspruch an die westliche Reichshälfte hervorzutreten. Pesti Naplo und andere Organe der Majorität glauben den autonomistischen Gelüsten der südwestlichen Slaven nicht rascher die Spitze abbrechen zu können, als durch Unterstützung der Agitation für den Anschluß Dalmatiens an Croatien und damit an die Stefanskronen. Auch abgesehen von der materiellen und moralischen Einbuße, welche der westlichen Reichshälfte dadurch angedenken würde, haben die außer-ungarischen Oestreicher allen Grund, sich diesem magharischen Annexionsplane zu widersetzen. So wenig sich die Deutsch-Oestreicher auch rühmen können, in dem Kampfe gegen das andringende slavische Element glücklich gewesen zu sein — es steht doch fest, daß eine Auseinandersetzung zwischen ihnen und den Slaven immer noch aussichtsvoller ist, als wenn dieselbe den Magyaren übertragen würde. Man braucht nur die wichtigeren der russischen und czechischen Journale zur Hand zu nehmen, um sich von der maßlosen Erbitterung eine Vorstellung zu machen, welche in allen slavischen Stämmen — den polnischen allein ausgenommen — gegen das Magyarenthum herrscht. Die Ueberlegenheit deutscher Cultur anzuerkennen, dünkt dem slavischen Selbstgefühl schon wegen des hohen Alters derselben lange nicht so demüthigend, wie der Anspruch auf Unterordnung unter die Enkel Arpad's, da diese unter den großen Culturvölkern des Welttheils bis jetzt nicht mitgezählt haben und schon wegen ihrer numerischen Schwäche kaum jemals mitzählen werden. So leidenschaftlich ist das Verlangen der östreichischen Slaven nach Brechung des den Magyaren eingeräumten Vorrangs, daß die Czegen neuerdings den Versuch gemacht haben sich mit den galizischen Polen zu verständigen, so genau sie auch wissen, daß das Bündniß mit diesen den Verlust aller russischen Sympathien für ihre Sache zur augenblicklichen Folge haben würde. So gewiß sich auch voraussagen läßt, daß dieses Fusionsproject scheitern wird (die Czegen haben sich an die einflussloseste der polnisch-galizischen Parteien, die demokratische gewandt) — für die östreichische Regierung ist schon die Drohung mit demselben eine Unbequemlichkeit. Der Zwiespalt zwischen Polen und Ruthenen, dessen Beseitigung die Czegen zur selbstverständlichen Bedingung ihrer Freundschaft machen, ist die hauptsächlichste Stütze der östreichischen Position an der russischen Grenze, und jeder Ausgleich desselben geschieht auf Unkosten des Kaiserstaats, weil er dem Panславismus zu Gute kommt.

Inzwischen sind die Einzellandtage der östreichischen Kronländer zusammengetreten. In den deutschen Provinzen boten dieselben den neuernannten

Statthaltern die gewünschte Gelegenheit, sich als Organe des liberalen Ministeriums vorzustellen und die Vertrauensvoten entgegen zu nehmen welche die bisherige Thätigkeit des Cabinets Biskra-Uwersperg sich erworben. In diesen Ländern (vielleicht Tyrol ausgenommen) hat die Zurückhaltung der Klerikalen wenig zu bedeuten, denn diese repräsentiren lediglich sich selbst, während der Kern der Bevölkerung unzweifelhaft auf dem Boden der Verfassung und der neugeschaffenen Zustände steht. Anders in Böhmen und Mähren, wo die Agitation der letzten Monate nicht vergeblich thätig gewesen ist, da hinter den czechischen Stimmführern eine compacte Masse und die Sympathie aller übrigen slavischen Stämme steht. In Prag ist der Eröffnung des Landtags ein lebhafter Conflict zwischen den einzelnen Fractionen des Czechtums vorhergegangen. Hinter den alten nationalen Führern Palaczky und Kieger steht nach dem Gesez des „sich Ueberbietenwollens“ bereits eine vorgeschrittene jungczechische Partei, deren Helden Sladkowsky und Gregr auf den historischen Standpunkt des böhmischen Landeshistoriographen und dessen Connivenz gegen den Particularismus der Feudalen verächtlich herabsehen und am liebsten mit ihrem russisch-panslavistischen Programm direct hervortreten würden. Nur mit Mühe sind diese zur Annahme des Kieger'schen Protestentwurfs vermocht worden, welcher die Theilnahme an den Landtagsverhandlungen auf Grund des Patents vom 8. April 1848 ablehnt. Zu einer förmlichen Mandatsniederlegung scheint man sich einstweilen noch nicht entschlossen zu haben. Der Tactik der böhmischen Nationalpartei haben sich auch die Klerikalen angeschlossen, obgleich das Verhältniß zu diesen durch die hussitischen Demonstrationen des vorigen Monats und den Gegensatz zwischen Katholicismus und russischem Panславismus viel von seiner früheren Innigkeit verloren hat und die Heißsporne der russischen Alliance von der compromittirenden Gewatterschaft mit Feudalen und Klerikalen schon den neuen peteräburger Freunden zu Liebe grundsätzlich Nichts wissen wollen. In Remberg hat der Landtag seine Thätigkeit mit der Niedersezung einer Commission zur Prüfung der vom Reichsrath erlassenen Geseze begonnen, und diesem dadurch von vorn herein ein Mißtrauensvotum gegeben. An dem guten Willen der Klerikalen und der westslavischen Elemente wird es nicht liegen, wenn dieses Verfahren in den übrigen Provinzialversammlungen keine Nachfolge findet. Sind die Provinziallandtage doch in Oestreich ebenso als Tummelplätze anti-constitutioneller Gelüste bekannt, wie in Preußen und hat doch schon der Zusammentritt derselben in gewissen wiener Kreisen lebhafteste Besorgnisse hervorgerufen.

Oestreichs Stellung nach Außen ist in den letzten Monaten unverändert dieselbe geblieben. Sind die Gerüchte von einer Annäherung an Preußen auch von den verschiedensten Seiten dementirt worden, so läßt sich doch be-

haupte, daß das Verhältniß der beiden Staaten zu einander seit Jahren nicht so befriedigend gewesen ist, als im gegenwärtigen Zeitpunkt. Im Osten fürchtet, im Westen hofft man, die orientalische Frage sei der Punkt gewesen, an welchem die beiden langjährigen Gegner sich zuerst freundlich begegnet sind, und die Kreuzzeitung hat bekanntlich dieser Annahme Vorschub geleistet, indem sie ihre Verwunderung darüber ausdrückte, wie eine österreichisch-preussische Verständigung über die Dinge an der Donau und am Boëporus, in Paris Mißtrauen erregen könne. Diese Notiz, welche in der übrigen Welt ziemlich rasch wieder vergessen worden ist, hat in Rußland eine gewisse Rolle gespielt. Die lebhafteste Phantasie moskowischer Journalisten, die die russische „Unterstützung“ des in Preußen verkörperten „pangermanischen“ Ehrgeizes schon lange ungern gesehen haben, träumt bereits von einer französisch-russischen Alliance und glaubt das Gerücht von Verbesserungen der Beziehungen zwischen Wien und Berlin als Antwort auf die Wünsche für eine holländisch-belgische Alliance ansehen zu müssen, mit denen die pariser Presse sich allen Desaveus zum Troß noch immer trägt. — Wir sind zu gewohnt, daß der französische Herrscher als beständig brütender Planmacher angesehen werde, als daß uns Wunder nehmen kann, wenn die immer wiederkehrenden Gerüchte von Verhandlungen zwischen den Höfen von Paris, Brüssel und Laëken das Mißtrauen der Presse wach erhalten, zumal die Ostentation, mit welcher französischerseits der Beginn eines ewigen Friedens ausposaunt wird, eine ziemlich auffallende ist, und die französische Diplomatie sich im Uebrigen völlig still hält.

Den inneren Zuständen Frankreichs hat die kaiserliche Regierung dieses Mal selbst und in aller Form das Zeugniß ausgestellt, daß sie für die Anhänger des Empire wenig befriedigend seien. Troß der zahlreichen Gründe, welche Herr Rouher zu Gunsten einer baldmöglichsten Ausschreibung der Neuwahlen für das Corps législatif anführte, hat der Kaiser sich dafür entschieden, dieselben auf das nächste Jahr hinauszuschieben, eine Entscheidung die wahrscheinlich nur in den Kreisen der dem Staatsminister feindlichen Kriegspartei besonderes Glück machen wird. Vom Regierungsstandpunkt erscheint allerdings begreiflich, daß man den gegenwärtigen Zeitpunkt für wenig geeignet zu erfolgreicher Vornahme des Wahlgeschäfts hält, es ist aber mehr als fraglich, ob die Zukunft irgend welche Bürgschaften für eine Besserung der Stimmung bieten wird. Gerade der letzte Monat hat — wenn wir von der reichlichen Deckung der neuen „Friedens“-Anleihe absehen — dem Kaiserthum fast ausschließlich peinliche Erfahrungen eingebracht. Beim Schluß der Session gelobten die sonst so zersfahrenen Oppositionsmänner noch einmal festes Zusammenstehen im Kampf gegen das gouvernement personnel — ein Gelöbniß das gerade während des tempus clausum auf sichere Erfüllung

zählen kann — dann wurde eine neue Scandal-Lache durch den Mirès-Pereire'schen Streit aufgerührt; Studentendemonstrationen bei der Preisvertheilung in der Sorbonne und auf Veranlassung der Confiscation der Rochefort'schen „Lanterne“ legten von der übeln Gefinnung der Jugend der Hauptstadt Zeugniß ab, während den Departements durch den oppositionellen Wahlausfall im Jura ein Beispiel der übelsten Art gegeben wurde. Die Gewaltmaßregeln, welche gegen das Rochefort'sche Scandalblatt angewendet worden sind, beweisen deutlich, daß die Unsicherheit der Regierungsorgane bereits einen ziemlich hohen Grad erreicht hat, da man selbst einen Abzugscanal, wie ihn dieses Journal bildete, nicht mehr zu dulden magt. Der Feier jenes Napoleontages, der noch vor wenigen Jahren ein wahrhaft populäres Volksfest, ein Erntetag für die Regierung war, wurde dieses Mal mit so trübseliger Miene entgegen gesehen, daß die kühle Passivität der pariser Nationalgarde für ein relativ günstiges Resultat gelten konnte und man das Ausbleiben peinlicher Scenen im größern Stil, förmlich registrierte. Und trotz all' dieser Fortschritte, welche das Uebel der französischen Volksunzufriedenheit gemacht hat (die „Epoque“ berechnete neulich, daß sich das Verhältniß der gouvernementalen Wahlstimmen zu den oppositionellen nicht mehr wie im J. 1863 wie  $5\frac{1}{2} : 2$ , sondern wie  $5 : 3\frac{1}{2}$  stelle), beharrt die Regierung genau bei ihrem früheren Verhalten. Mit directem Hohn gegen die öffentliche Meinung werden Günstlinge vom Schlage der Cassagnac aufs Schild gehoben, die geringfügigsten Preßvergehen unnachsichtlich verfolgt, Polizeibrutalitäten gegen das Publikum in Schutz genommen und die Zügel so streng angezogen, als es die Zeitverhältnisse irgend erlauben. Was die Entscheidung über Krieg und Frieden anlangt, so wird das alte Doppelspiel mit geringen Modificationen weiter fortgespielt: in Troyes versichert der Kaiser, in Nimes ein dazu beauftragter Senator, daß Frankreich den Frieden und Nichts als den Frieden wolle und bedürfe, während die Kriegseventualität im Gedächtniß des Publikums durch Artikel der Girardin'schen Liberté, neuerdings auch des Pays, wach erhalten wird. Vergebens, daß die gesammte deutsche Presse im Bunde mit rheinischen Correspondenzen der wirklich unabhängigen pariser Blätter (namentlich des Temps) Beweise aller Art dafür zusammenträgt, daß von französischen Sympathien im Rheingau nicht die Rede sei und daß die gegenwärtigen Zustände Frankreichs am wenigsten dazu angethan seien, Sympathien dieser Art zu wecken: Herr v. Girardin weiß es besser und wirbt täglich neue Kämpfer für die Wiederherstellung der „alten“ und „natürlichen“ Grenzen.

Seit der Unschädlichmachung der bulgarischen Banden, welche in den letzten Julitagen über die Donau setzten, ist die orientalische Frage in Paris und London wieder zu den Acten gelegt worden und das russische Journal, welches vor Kurzem die Behauptung aufstellte, dem Tuilerien cabinet seien die Grenzboten III. 1868.

unbedeutendsten Vorgänge in Deutschland, zumal wenn sie die Beziehungen Oesterreichs zu Preußen berührten, immer noch sehr viel interessanter, als die Dinge ander Donau und am Boëporus, hat, nach den letzten Wochen zu urtheilen, vielleicht nicht ganz Unrecht. Der Grund davon ist allerdings in dem Umstande zu suchen, daß Rußland weder Zeit noch Neigung hat, sich für die nächste Zukunft auf eine Aggression im europäischen Südosten einzulassen und daß die südslavischen Versuche zur Selbsthilfe ungefährlich bleiben, so lange die nordische Großmacht ihnen keine andere Unterstützung als die moralische bietet. Freilich wird das Feuer von Athen her beständig geschürt; König Georgios, dessen Gemahlin dem Lande vor Kurzem den erwarteten Thronerben geschenkt hat, ist zufrieden, wenn sein Volk ihn nicht zu directer Initiative zwingt, und läßt die Dinge den Gang nehmen, den der nationale Instinkt ihnen angewiesen hat. Während der Frieden zwischen christlichen und moslemitischen Anwohnern des Libanon immer wieder durch blutige Raufereien gestört wird, verkünden griechische und russische Zeitungen, daß die aufständischen Candioten immer wieder größere und kleinere Erfolge gegen die großherrlichen Truppen erfechten und das vergossene Blut der „unschuldigen“ bulgarischen Freischaaren opferfreudig rächen. Immerhin müssen die Nachrichten, welche Prinz Napoleon aus Constantinopel heimgebracht hat, nicht ganz ungünstig lauten, denn der Orient wird von den pariser Politikern nur sehr beiläufig in Betracht gezogen.

Dasselbe gilt von England. Die Königin ist auf Reisen, die Diplomatie feiert und das große Publikum rüstet zum Wahlkampf, in welchem natürlich bloß von inneren Fragen die Rede ist, da alle Parteien in ihren Wünschen für bedingungslose Aufrechterhaltung des Friedens einig sind. Allen gegen-theiligen Wahrsagungen zum Trotz hat die d'Israeli'sche Wahlreform die Physiognomie der brittischen Wahlagitation bis jetzt nicht verändert, und ist von erweitertem Einfluß der Radicalen Nichts zu spüren. Die irische Kirchenfrage steht an der Spitze der von Whigs und Tories aufgestellten Programme und die confessionellen und nationalen Gegensätze prävaliren vor den specifisch-politischen, nachdem die zum Schluß der Parlamentssession gehaltene Thronrede, Altengland noch ein Mal dazu gemahnt hat seiner „religiösen Pflichten“ eingedenk zu sein. d'Israeli's Anstrengungen zur Rettung der irischen Staatskirche haben wenig Aussicht auf Erfolg; nicht nur daß das im Krystallpalast abgehaltene Torymeeting ein Fiasco gemacht hat, das selbst von den Organen der ministeriellen Partei nicht in Abrede gestellt werden konnte, die Härtherzigkeit, durch welche ein protestantischer Gutsbesitzer die Pächter von Tipperary zu blutiger Gegenwehr veranlaßte, ist der Fluth, welche sich gegen die bestehenden kirchlichen und staatlichen Einrichtungen der grünen Insel heranwölzt, wesentlich Gute gekommen und zum Thema zahlreicher

whigistischer Wahlreden geworden. Die Fentier haben sich zum Nutzen der irischen Sache stiller gehalten, als im vorigen Monat, und die Mittheilungen, welche die Gazette de France über ein gegen das Leben der Königin gerichtetes fenisches Complot gebracht hatte, haben sich als völlig irrhümlisch erwiesen.

Im europäischen Südwesten haben sich die Dinge seit den letzten Wochen nicht verändert. In Italien droht der Streit zwischen den alten Rivalen Lamormora und Cialdini die letzten Bande der Disciplin aufzulösen, durch welche die Officierscorps der Armee zusammengehalten werden, und haben die politisch-militärischen Duelle sich so rasch vermehrt, daß der Kriegsminister zu directem Einschreiten veranlaßt wurde. Das Ministerium ist aus dem Kampf um das Tabaksmonopol nur mit Noth und Mühe lebendig hervorgegangen. Auch der Schluß des Parlaments wird die Schwierigkeiten mit denen es zu ringen hat nicht mindern, denn die Anarchie, welche sich über alle Theile der Halbinsel erstreckt, bedroht die Existenz des Staats, während die Opposition es nur mit den jeweiligen Repräsentanten desselben zu thun hat. Rom wird mit einem Festungs-Dreieck umgeben, hinter welchem die drei Todfeinde der Schöpfung Cavours, das Papstthum, der bourbonische Legitimus und die französische Besatzung ihre Ränke spinnen und der neunte Pius zu der großen ökumenischen Kirchenversammlung Vorbereitungen trifft, mit welcher er die Führung seines Apostelamts krönen und abschließen will. Der in Rom verschanzte Legitimus fühlt sich bereits als unabhängige Großmacht, und hat allen pariser Warnungen zum Troß auch das Haupt der Bourbonen, den Grafen von Chambord eingeladen, die ewige Stadt zu seinem Wohnsitz zu nehmen. In Florenz weiß man sich dagegen von dem bon plaisir des französischen Kaisers zu abhängig, um auch nur den Schatten eines eignen Willens wahren zu können. Allen Wünschen der Italiener zum Troß ist Herr Malaret auf seinem Posten geblieben und hat man sich seiner Mittlerschaft bedienen müssen, um die von Paris angeordnete neue Schuldenconvention mit der römischen Curie abzuschließen.

Der tiefe Verfall, in welchen die Völker der romanischen Race versunken sind, wird aber nicht nur durch die neuitalienischen Zustände illustriert. Während diese den Beweis führen, daß einer verkommenen Nation durch Verjüngung der staatlichen Formen und Unterordnung unter die Zeitideen noch nicht geholfen ist, sehen wir Spanien noch unter der Last der verrotteten Zustände zusammenbrechen, durch deren Abwerfung Italien vergeblich sich retten zu können glaubte. So widersprechend und verschwommen auch die Berichte lauten, welche französische, deutsche und englische Zeitungen aus Madrid bringen, so wenig es sich zu den früheren Nachrichten reimem will, wenn (wie neuerdings durch die kölnische Zeitung geschehen) die bevorstehende Bildung eines liberalen Mi-

nisteriums und die Entlassung der halben Armee als bevorstehend angekündigt wird, so stimmen doch alle Urtheile darin überein, daß die Lage der spanischen Bourbonen gezählt sind, und daß es für die gegenwärtige Dynastie kein Rettungsmittel mehr gibt, auf welches für die Dauer gerechnet werden könnte. Die Ausweisung des Herzogs von Montpensier scheint ein Mißgriff von folgenschwerer Bedeutung gewesen zu sein und ist als solcher namentlich von der Königin Christine hart verurtheilt worden. — Ob es sich um einen Wechsel der herrschenden Familie oder um die Verwirklichung der iberischen Idee handeln wird, wenn Isabella II. das Scepter aus den Händen legt — das wissen selbst die Unwissenden unter den europäischen Conjecturalpolitikern nicht zu sagen. Die eine wie die andere Eventualität wäre für das übrige Europa ohne eigentliche Bedeutung, denn seit drei Jahrhunderten zählen die Spanier (die kurze Episode der Erhebung gegen Napoleon abgerechnet) in der europäischen Politik ebensowenig mit, wie in der Culturentwicklung unseres Welttheils.

Es ist erst wenige Wochen her, daß die durch eine jahrhundertelange Mißregierung verschuldete Zersetzung der inneren Verhältnisse Spaniens von einem frivolen pariser Journal auf Rechnung preußischer Umtriebe in der iberischen Halbinsel gesetzt wurde. Als ob der preußisch-deutsche Staat irgend ein Interesse daran haben könnte, die Ruhe seiner Nachbarn zu stören, ist eine ähnliche Beschuldigung neuerdings zu wiederholten Malen russisch-moskovitscherseits, d. h. von der Moskauer Zeitung ausgesprochen und behauptet worden, die Unzufriedenheit und Verstimmung der Dnißeprovinzen Liv-, Esth- und Kurland gegen die russificatorischen Regierungstendenzen werde durch die deutsche, namentlich die preußische Presse fortwährend und in tendenziöser Weise genährt, um den „pangermanischen“ Gelüsten Bismarck'scher Politik den Boden zu bereiten. Wie weiland der Lord-Feuerbrand Palmerston allenthalben dafür verantwortlich gemacht wurde, wenn die Völker sich mit ihren Regierungen nicht verständigen konnten, so steht die philiströse Beschränktheit seit dem J. 1866 in dem preußischen Premier und norddeutschen Bundeskanzler die treibende Kraft von Allem, was geschieht und nicht geschieht. In den westlichen Provinzen Rußlands bedarf es einer künstlichen Nahrung des vorhandenen Mißtrauens gegen die von Osten heranrückenden russificatorischen Tendenzen am wenigsten. Wem vollends bekannt ist, daß der durch sein Verbot des Gebrauchs der polnischen Sprache selbst der Kreuzzeitung verdächtig gewordene wilnaer General-Gouverneur Potapow in der russischen Presse beständig als Polenfreund angegriffen und unpatriotischer Halbsheit beschuldigt wird, der wird um eine Erklärung dafür nicht verlegen sein, daß die auf westeuropäischer Kulturgrundlage stehenden Theile des russischen Reichs dem Geschick, nach dem in Polen gewonnenen russischen Maßstab gemessen und zu

leicht befürchten zu werden, nicht anders als mit banger Sorge entgegen sehen. Die Gegensätze haben sich in einer Weise zusammengespitzt, daß eine Krise, wenn diese auch zunächst nur das ehemalige Litthauen betrifft, auf die Dauer nicht ausbleiben kann: schon seit lange hat sich die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß am Niemen das Loos darüber geworfen werden werde, ob die moskauer national-demokratische Partei unumschränkte Herrscherin der Situation zu werden bestimmt sei oder nicht, und aus diesem Grunde haben die Organe der russischen constitutionellen Adelpartei sich seit lange mit der gemäßigten, conspirationsfeindlichen Fraction der polnischen Moderados (der sog. Weißen) verbündet. — Entscheidungen politischer Art sind auch in Rußland, der dauernden Abwesenheit des Kaisers wegen, in letzter Zeit nicht gefällt worden. Erst nach der Rückkehr des Staatsoberhauptes und des gleichfalls in Deutschland weilenden Kanzlers Fürsten Gortschakow werden die von der Presse bereits seit längerer Zeit angekündigten Ulfase über Einführung der russischen Sprache in den katholischen Gottesdienst und Veränderung der bisher gebräuchlichen Liturgie desselben in Ausführung kommen. — Nachdem der Reichsrath die ihm übertragene Revision der zur Reform des Posttarifs vorgenommenen Commissionsarbeiten beendet hat, ist diese Einführung des neuen Tarifs durch einen kaiserlichen Befehl schon für den 1. Januar des nächsten Jahres angeordnet worden. Die russischen Centenachrichten lauten wesentlich ungünstig und schon gegenwärtig ist von Maßregeln zur Linderung des zu erwartenden Nothstandes die Rede. Der Minister des Innern Timaschow und der Großfürst-Thronfolger sollen wegen verschiedener Meinungen über die zu diesem Zweck anzuwendenden Mittel in eine bis jetzt unausgeglichene Differenz gerathen sein und ist von dem bevorstehenden Rücktritt des Letzteren, der wegen seines übeln Gesundheitszustandes den Anstrengungen seines mit Arbeiten überladenen Amtes ohnehin auf die Dauer nicht gewachsen ist, schon seit einiger Zeit die Rede. Außer verschiedenen neuen Eisenbahnconcessionen, welche in Rußland fast wöchentlich erteilt werden, sind noch der Abschluß des Friedens mit dem Bucharenkhan und die für den Herbst bevorstehende Ausdehnung der neuen Justizeinrichtungen auf eine Reihe südlicher Provinzen zu erwähnen. Von den Gliedern der kaiserlichen Familie ist gegenwärtig nur der Thronfolger in der Residenz anwesend, da er seine Schwiegereltern, den König und die Königin von Dänemark, als Gäste bei sich hat. Peinliches Aussehen hat in Rußland der von dem schwedischen Journalistentage gefaßte Beschluß, die Nachrichten aus Finnland künftig unter die Rubrik „Inland“ (nach einer anderen Version unter die Rubrik „scandinavische Nebenländer“) zu bringen, hervorgerufen. Ad vocem Schweden ist noch zu bemerken, daß Graf Mörner, der Staatsmann, dem

Karl Johann seine Adoption durch Karl XIII. zu danken hatte, vor einigen Tagen in hohem Alter verstorben ist.

Wir können unseren Bericht nicht schließen, ohne noch eines Ereignisses zu gedenken, welches in der Geschichte des deutschen wirthschaftlichen Lebens einen wichtigen Markstein bildet: des Eintritts der mecklenburgischen Staaten und Lübeck's in den deutschen Zollverband. Gleichzeitig mit dieser Erweiterung des ältesten Bundes, durch welches Preußen die übrigen deutschen Staaten an sich zu fesseln mußte, ist der Abschluß einer Militärconvention erfolgt, durch welche Mecklenburg dem preußischen Wehrsystem eingefügt worden ist. Sachsen und Braunschweig allein haben sich noch einen Theil ihrer früheren militärischen Selbständigkeit erhalten und auch mit diesem soll es, wie neuerdings die *B. B. Z.* versicherte, auf die Reize gehen; das von dem genannten Journal unter den Argumenten für eine vollständige Verschmelzung angeführte „Wollen und Wünschen“ des abgesonderten sächsischen Corps läßt übrigens die gesammte Nachricht als eine unzuverlässige erscheinen.

Immerhin kann nicht mehr zweifelhaft sein, daß der rasche Verlauf, welchen die Verschmelzung der wirthschaftlichen und der militärischen Einrichtungen Norddeutschlands genommen, Allem, was auf diesen Gebieten an partikularistischen „Eigenthümlichkeiten“ übrig geblieben, die Art an die Wurzel gelegt hat. Aber gerade die Unwiderstehlichkeit der wirthschaftlichen und militärischen Erfolge Preußens erinnert uns immer wieder daran, daß die innere Politik dieses Staats, statt an Anziehungskraft zu gewinnen, immer abstoßender wirkt, daß ihr die Rolle zugefallen zu sein scheint, das Gewebe der preußischen auswärtigen Politik wieder aufzutrennen. Wir wissen wohl, daß einem Staat von der Gesundheit des preußischen die reactionären Velleitäten, welche auf gewissen Gebieten der Verwaltung getrieben werden, noch nicht ans Leben gehen, aber es macht einen mehr als deprimirenden Eindruck, die sauer erungenen Früchte einer groß angelegten, durch die Opfer eines blutigen Krieges schwer erkauften Politik leichtfertig aus dem Fenster geworfen zu sehen, zum Jubel der großen und kleinen Kinder welche sich an dem Spektakel des betreffenden Act's erfreuen. Das schöne Wort, welches der Kriegsminister General von Beyer bei Gelegenheit des badischen Verfassungsjubiläums gesprochen, daß es ihm, dem Preußen, leicht geworden in Baden heimisch zu werden, „da es keine preußischen Interessen gebe, die nicht auch deutsche Interessen wären“ — in den Kreisen derer, welche das Behagen der neuen Provinzen durch fortwährende und ungeschickte bureaukratische Eingriffe unmöglich machen und in den alten Provinzen den alten Krieg gegen eingebildete Staatsfeinde im Namen einer egoistischen Beamtencooterie fortsetzen, wird dieses Wort täglich in sein Gegentheil verkehrt.